

## Antwort

### der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Markus Frohnmaier, Dietmar Friedhoff, Edgar Naujok, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD  
– Drucksache 20/8087 –**

### Die Sahel-Plus-Initiative der Bundesregierung (I)

#### Vorbemerkung der Fragesteller

Die Sahel-Plus-Initiative des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) stellt die „entwicklungspolitische Komponente der strategischen Neuausrichtung des Sahel-Engagements der Bundesregierung“ dar (<https://www.bmz.de/resource/blob/153524/sahel-plus-initiative.pdf>). Dabei sollen die Küstenländer Westafrikas mit einbezogen werden. Die Länder der Sahel-Plus-Initiative sind: Mauretanien, Mali, Burkina Faso, Niger, Tschad, Ghana, Togo, Benin, Elfenbeinküste und Senegal.

Die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Svenja Schulze hat angekündigt, für den Vorsitz der Sahel-Allianz zu kandidieren, um künftig die internationale Entwicklungspolitik in der Region besser zu koordinieren (ebd.).

1. Seit welchem Jahr engagiert sich die Bundesregierung entwicklungspolitisch in der Sahel-Region und in den westafrikanischen Küstenstaaten?
2. Welche Erfolge konnte die deutsche Entwicklungszusammenarbeit in der Sahel-Region und in den westafrikanischen Küstenstaaten seitdem (vgl. Frage 1) konkret verzeichnen?

Die Fragen 1 und 2 werden zusammen beantwortet.

Die Bundesregierung engagiert sich seit den 1960er Jahren mit bilateraler Entwicklungszusammenarbeit in der Sahelregion und den westafrikanischen Küstenstaaten. Dabei erzielte Erfolge umfassen den kontinuierlichen Anstieg des Human Development Index in den vergangenen dreißig Jahren, eine deutlich gestiegene Lebenserwartung der Bevölkerung, eine höhere Einschulungsquote, die Erschließung von mehr Flächen, die landwirtschaftlich genutzt werden können sowie ein starker Zuwachs von Bevölkerungsanteilen mit Trink- und Abwasseranschluss.

3. Wie soll nach dem Auslaufen der Bundeswehr-Beteiligung an der MINUSMA-Mission ([www.bmvg.de/de/aktuelles/beschluss-ab-1-juni-be ginnt-bundeswehr-abzug-aus-mali-5625744](http://www.bmvg.de/de/aktuelles/beschluss-ab-1-juni-be ginnt-bundeswehr-abzug-aus-mali-5625744); abgerufen am 31. Juli 2023) und der angespannten Beziehung ([www.tagesschau.de/inland/lambrecht-mali-bundeswehr-101.html](http://www.tagesschau.de/inland/lambrecht-mali-bundeswehr-101.html); abgerufen am 31. Juli 2023) zwischen Deutschland und Mali die Entwicklungszusammenarbeit mit und in Mali künftig ausgestaltet werden?
4. Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung in Bezug auf ihre Entwicklungszusammenarbeit mit und in Mali infolge des Auslaufens der Bundeswehr-Beteiligung am MINUSMA-Einsatz?
10. Hält die Bundesregierung an der Entwicklungszusammenarbeit mit Mali fest (bitte begründen)?

Die Fragen 3, 4 und 10 werden zusammen beantwortet.

Die Bundesregierung beabsichtigt auch nach dem Ende der Beteiligung der Bundeswehr an MINUSMA und dem generellen Ende von MINUSMA mit der Entwicklungszusammenarbeit in Mali engagiert zu bleiben. Die „Neubestimmung und Anpassung des Sahel-Engagements der Bundesregierung“ hält fest, dass ein starkes Engagement in der Sahel-Region – auch in Mali – im deutschen und europäischen Interesse liegt. Die Bundesregierung stellt dabei die Bekämpfung von Krisenursachen in den Vordergrund um einen Beitrag zur Stabilisierung, menschlichen Sicherheit und langfristigen Entwicklung in Mali leisten zu können.

Diese Zielsetzungen bleiben für die Ausgestaltung des entwicklungspolitischen Engagements in Mali maßgeblich. Die Unterstützung der Bevölkerung des von zahlreichen Krisen heimgesuchten Landes bleibt weiterhin ein zentrales Anliegen der deutschen Entwicklungspolitik. Dabei wird das Engagement weiterhin an den Bedürfnissen der Bevölkerung ausgerichtet und regierungsfern in der Fläche des Landes, dezentral und mit lokalen kommunalen Strukturen sowie mit multilateralen, internationalen Organisationen und Nicht-Regierungsorganisationen durchgeführt.

Anpassungsbedarfe, die sich möglicherweise durch eine veränderte Sicherheitslage nach dem Abzug von MINUSMA Ende 2023 ergeben könnten, werden fortlaufend und eng im Ressortkreis und mit unseren internationalen Partnern abgestimmt.

5. Wie bewertet die Bundesregierung die Sicherheitslage in Mali sowohl für die lokale Bevölkerung als auch für die Ortskräfte der deutschen Entwicklungszusammenarbeit?

Die Bundesregierung verfolgt die Sicherheitslage in Mali sehr eng, dabei wird sowohl die Sicherheit des eingesetzten Personals in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit als auch die allgemeine Sicherheitslage im Land laufend beobachtet und bewertet. Die Lagebewertung erfolgt durch die Bundesregierung wie auch in anderen instabilen Kontexten.

6. Wie kommt die Bundesregierung zu der Aussage, dass sich lediglich die wenigsten jungen Menschen in der Sahel-Region aus religiösen Gründen den islamischen Terrorgruppen anschließen, sondern sie dies häufiger wegen der Aussicht auf Einkommen täten (ebd., S. 3 der Datei)?

Die Bundesregierung bezieht sich hier auf die Ergebnisse einer im Jahr 2023 veröffentlichten Studie des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen

(UNDP) mit dem Titel „Journey to Extremism in Afrika: Pathways to Recruitment and Disengagement“. Abrufbar unter: [www.undp.org/publications/journey-extremism-africa-pathways-recruitment-and-disengagement](http://www.undp.org/publications/journey-extremism-africa-pathways-recruitment-and-disengagement).

7. Wie beurteilt die Bundesregierung die gegenwärtige internationale Zusammenarbeit in der Region vor allem im Zusammenhang mit der Sahel-Allianz?

Die Sahel-Allianz koordiniert die internationale Unterstützung in den fünf Sahel-Staaten Mauretanien, Mali, Burkina Faso, Niger und Tschad. Die Bundesregierung sieht Potenzial für eine intensiviertere Geber-Koordinierung.

8. Welche konkreten Verbesserungen beabsichtigt die Bundesregierung, bei ihrem Engagement in der Sahel-Allianz zu erreichen (vgl. Vorbemerkung der Fragesteller)?

Während ihres Vorsitzes wird die Bundesregierung sich dafür einsetzen, dass die Sahel-Allianz noch stärker die Lage der Bevölkerung in der Region verbessert. Zudem soll gemeinsam das Engagement der Sahel-Allianz in den Partnerländern mehr Sichtbarkeit bekommen. Zuletzt sollen die entwicklungspolitischen Initiativen und Programme zur Unterstützung der Region besser ineinandergreifen, damit sie mehr für die Menschen bewirken.

9. Hat die Bundesregierung gegenüber Mali aktuelle Zusagen über die Entwicklungszusammenarbeit gemacht, und wenn ja, über Finanzmittel welcher Höhe?

Die letzten Zusagen an die malische Regierung über Vorhaben der Entwicklungszusammenarbeit wurden im Jahr 2021 getätigt.

